

Annoncen:
Annahme-Bureau:
 In Posen
 außer in der Expedition
 bei Knapik (L. & M.)
 Breitelstraße 14.
 in Gnesen
 bei Herrn Th. Spindler.
 Markt u. Friedrichstraße 1.
 in Grah bei Herrn F. Strelland;
 in Frankfurt a. M.
 G. J. Dautz & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster Jahrgang.

Nr. 537.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 1. November

Inserate 1½ Sgr. die sechsgepaltene Zeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Amtliches.

Dem Geh. Ober-Bau-Rath und vortragenden Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Friedrich Wilhelm Kottelohm, ist die Medaille für Verdienst um die Gewerbe in Gold verliehen worden; die durch das Ausscheiden des Reg.-Raths le. Juge aus dem Staatsdienste vakante Stelle des Vorsitzenden der Königl. Direktion der Main-Weiser-Bahn in Kassel, ist dem bisherigen Mitgliede der Königl. Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, Reg.-Rath Jonas, kommissarisch übertragen und der Reg.-Rath Jäckel, bisher Mitglied der Königl. Eisenbahn-Direktion in Kassel, in gleicher Eigenschaft zur Königl. Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn in Berlin versetzt.

Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Jltgen am Kaiser Wilhelms-Gymnasium in Montabaur zum Oberlehrer ist genehmigt worden; bei dem Schullehrer-Seminar zu Tondern ist der Pfarrer Engel dajelbst als erster Lehrer der dänischen Abtheilung und der Pfarrer Simon zu Felchta bei Mülhausen i. Th. als erster Lehrer der deutschen Abtheilung angestellt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 15. Novbr. Der badische Landtag ist auf den 20. Novbr. einberufen. Robert v. Mohl ist wieder zum Präsidenten der ersten Kammer ernannt worden.

Wien, 15. Novbr. Das „Antsblatt“ veröffentlicht die Ernennung des Grafen von Hay zu Ministerpräsidenten, ferner die Bestätigung sämtlicher Mitglieder des ungarischen Ministeriums in ihren Stellen. Das genannte Blatt enthält außerdem ein kaiserliches Handschreiben an den Grafen Andrássy, welches dem Minister für die ausgearbeiteten Dienste, welche er dem Kaiser, Ungarn und der ganzen Monarchie geleistet habe, den kaiserlichen Dank ausdrückt.

Paris, 15. Novbr. Nachrichten aus Korsika zufolge hat Charles Ferry den Munizipalrath von Ajaccio aufgelöst und gestern die Insel verlassen. — Die Morgenblätter berichten, daß Clemenceau gestern im Duell schwer verwundet worden sei. — Der Polizeipräsident Valentin hat seine Entlassung genommen; wie es heißt, ist Cresson zu seinem Nachfolger designirt. — Der Begnadigungskommission, welche morgen zusammentritt, liegen jetzt etwa 20 Urtheilsprüche zur Beschlussfassung vor. — Die hier verbreiteten Gerüchte von Aufhebungen in Korsika sind vollständig unbegründet. — Der Marquis de Dannesville wird nach morgen auf seinen Posten nach Wien zurückbegeben.

Rom, 15. Novbr. Prinzessin Margarethe wird heute, Bräutigam, der sich zum König nach Florenz begeben hatte, Sonnabend hier erwartet. — Graf Harcourt empfängt heute den Besuch der am päpstlichen Hofe beglaubigten Gesandten. — Der Papst hat, wie „Italie“ berichtet, das für heute bestimmte Konsistorium auf den 25. November vertagt, weil noch nicht alle zu präkonisirenden Bischöfe auf die päpstlichen Anerkennungen geantwortet haben.

Washington, 15. Novbr. Wie verlautet, wird der Schatzsekretär Boutwell im Jahresberichte dem Kongresse dringend empfehlen, die Ermächtigung zu ertheilen, die Zinsen der neuen Anleihe auch in Europa zu bezahlen.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 15. Novbr. Der Fürst-Reichskanzler wird bereits heute Abend nach Berlin zurückkehren, und morgen wieder einer Sitzung des Staatsministeriums präsidiren. In erster Linie werden sich die nächsten Beratungen des Staatsministeriums mit denjenigen Vorlagen für den Landtag zu beschäftigen haben, welche durch die Wirren in der katholischen Kirche veranlaßt worden sind und durch gesetzliche Regelung den Staatsbürgern die verfassungsmäßigen Freiheiten gegenüber der Kirche sichern sollen. Unter den Vorlagen in dieser Richtung nennt man zunächst ein Gesetz, welches die Schulinspektion der einseitigen Befugnis der Geistlichkeit entzieht, ferner ein Gesetz über den Austritt aus der Kirche und endlich ein Gesetz über Zivilehe für diejenigen Fälle, wo die kirchliche Trauung auf Hindernisse stößt. — Die Bemühungen des Komites für Wahrung der Rechte der Inhaber von römischen Obligationen haben, wie ich erfahre, einen solchen Erfolg gehabt und sind die Annahmen zur Deponirung von Obligationen so zahlreich gewesen, daß wahrscheinlich schon morgen die Konstituierung der betreffenden Aktiengesellschaft erfolgen wird. — In Kendsburg ist gestern die außerordentliche Synode durch den Regierungskommissar, Konsistorial-Präsident Mommen eröffnet worden. Als Vorsitzender wurde der Generalsuperintendent Godt und zu Beisitzern der Graf zu Rantzau und Kaufmann Reineke erwählt. — Zum Nachfolger des jüngst verstorbenen Ober-Regierungsrath Lüdemann im hiesigen Polizeipräsidium ist der Ober-Regierungsrath v. Herzberg, bisher bei der Regierung in Gumbinnen, ernannt worden. Bekanntlich gehört zu den Funktionen dieses Beamten auch, den Polizeipräsidenten in Abwesenheits- und Verhinderungsfällen zu vertreten.

Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Obwohl der Reichstag noch umfassende Aufgaben zu bewältigen hat, so hofft man doch, daß die dringenden derselben, namentlich die Münzvorlage und der Reichshaushalt, bis zum Ablauf der kommenden Woche (25.) erledigt sein werden. Die Berufung des preussischen Landtages ist auf den 27. d. M. festgesetzt. Dieselbe konnte nicht weiter hinausgeschoben werden, wenn es gelingen soll, den Staatshaushalt vor Ablauf des Jahres festzustellen.

Ueber den Rücktritt des Grafen Beust und die Berufung des Grafen Andrássy äußert sich die ministerielle „Provinzial-Corr.“ wie folgt:

„Graf Beust, der bisherige österreichische Reichskanzler und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, hat in voriger Woche seine Entlassung erbeten und erhalten. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige ungarische Ministerpräsident Graf Andrássy ernannt. Dieser

Wechsel hängt lediglich mit den inneren Verhältnissen der österreichisch-ungarischen Monarchie, besonders in den Verhältnissen einer weiteren Ausdehnung der staatsrechtlichen Stellung der einzelnen Kronländer zusammen. Die auswärtigen Beziehungen Österreichs werden von der eingetretenen Veränderung nicht berührt; namentlich ist die Zuversicht begründet, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und in deutschen Reich, welche vor kurzem eine erneute Bestätigung erhalten haben, durch die jetzigen Vorgänge keine Beeinträchtigung erfahren werden. Dafür giebt auch die Persönlichkeit des neu ernannten Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Andrássy eine Bürgschaft, da derselbe sowohl durch seine Stellung während der vorjährigen Ereignisse, wie auch durch seine Betheiligung an den neueren diplomatischen Besprechungen befähigt hat, daß er nicht minder als Graf Beust von der Angemessenheit und Nothwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland im beiderseitigen Interesse überzeugt ist. Alle Mittheilungen aus Österreich bestätigen diese Deutung der jüngsten Vorgänge. Graf Beust, dessen hoch verdienstliche um Österreich und dessen Politik der Kaiser Franz Joseph auch gegenwärtig durch hohe Gnadenbeweise anerkannt hat, ist zu österreichischen Votschafter in London ernannt worden.“

Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Rayongesetzes ist heute mit ihrer Arbeit zu Ende gekommen. Zum Referenten für das Plenum wurde der H. Dr. Meyer (Thorn) ernannt, welcher nunmehr sofort mit der Aufstufung des schriftlichen Berichtes beginnen wird, so daß derselbe noch in Laufe dieser Woche im Druck erscheinen und mit Beginn der nächsten Woche die Berathung desselben im Plenum beginnen kann. Es liegt in der Absicht der Reichsregierung, dies Gesetz so bald als möglich in Kraft treten zu lassen, um dann auf Grund desselben in einzelnen Festungsstädten bauliche Veränderungen und Fortifikationsvermehrungen vorzunehmen, welche aus militärischen Rücksichten dringend geboten sind, und die man seither nur deshalb unterließ, um eine gesetzliche Regelung der Rayonverhältnisse zunächst herbeizuführen.

Im 1. Frankfurter Wahlbezirk (Arnswalde-Friedeberg) ist der Kreisgerichts-Direktor Simon v. Jastrów zu Genthin, welcher sein Mandat in Folge seiner Beförderung niedergelegt hat, mit 210 von 219 Stimmen zum Mitgliede des Hauses der Abgeordneten wiedergewählt worden.

Machen, 11. Novbr. Großes Aufsehen erregt hier die Veröffentlichung von Vorgängen in einem hiesigen Kloster von Schulschwestern durch das „Machener Volksblatt“. Eine katholische arme Wittwe hatte von mehreren Schwestern, die von ihren sechs Kindern, ein Mädchen, in dem Kloster untergebracht. Ein alterer Bruder hatte in zwischen einen wohlhabenden Protestanten geheiratet, war mit ihm nach Dresden gezogen und wollte nunmehr ihre jüngere Schwester, welche jetzt das Alter von fünfzehn Jahren erreicht hat, zu sich nehmen. Die Mutter forderte demnach ihr Kind aus dem Kloster zurück; als die Nonnen aber hörten, daß das Mädchen in das Haus eines Protestanten kommen sollte, verweigerten sie standhaft und unter allerlei Vorwänden die Entlassung ihres Zögling und wurden dabei von einigen weltlichen Beamten unterstützt. Namentlich gab der Staatsprokurator D. der Schwester der Mutter keine Folge. Der Tochter selbst, welche anfangs entschieden den Wunsch, zur Schwester zu gehen, geäußert hatte, wurde durch das vereinigte Bemühen der Nonnen und noch mehr des Beichtvaters der Einn verwirrt und behauptet, so daß sie völlig mit dieser Hand in Hand ging und alle Lügen und Schliche mitmachte, um nicht zu ihrer Mutter und dann zur Schwester gehen zu dürfen. Der treuliche Seelsorger hat ihr namentlich weisgemacht, daß sie in Dresden von keinem Priester Absolution erhalte und dann ewig verloren ginge. Die Qualen der Hölle, welche solcher Sünder harren, sind diese geistlichen Hüter ja im Stande mit großer Virtuosität auszumalen. Das vorläufige Ende dieser ultramontanen Ränke besteht darin, daß die Witwe durch einen Friedensrichter bedrückt worden ist, die Tochter noch bis nächste Ostern im Kloster zu belassen. Zeit gewonnen, alles gewonnen. (Volks-Ztg.)

München, 12. November. Die Verschiedenartigkeit der Elemente unter den Altkatholiken tritt wenigstens hier in der Frage hervor, ob sofort eine altkatholische Kirchengemeinde gebildet werden solle. Es ist hier ein offenes Geheimnis, und wir sehen keinen Grund es Ihnen zu verheimlichen, daß Dr. Döllinger trotz der in der Delegirtenversammlung mit großer Energie verfochtenen und hierauf gegen Döllingers feierliche Warnung beinahe einstimmig beschlossenen Organisations-Resolution auch jetzt noch auf seiner ursprünglichen Gegenansicht mit zäher Hartnäckigkeit beharrt, den hervorragendsten hiesigen Vertreter des Beschlusses aufs Entschiedenste entgegentritt und sich in jeder Weise und mit Leidenschaftlichkeit gegen die Bildung der hiesigen Kirchengemeinde stemmt. Man hat ferner hier wiederholt versucht, als Ersatz einen „Kirchen-politischen Verein“ zu Stande zu bringen, allein sicherem Vernehmen nach war und ist der Fortgang dieser Verjuche, wie unschwer vorauszuweisen war, ein ungünstiger und der Ausfall der Antworten der zum Beitritt angegangenen Altkatholiken soll das Komite gründlich überzeugt haben, daß man zwar für eine Kirchengemeinde in Beiträgen bereit sei, nicht aber zu einem neuen politischen Verein. Ein solcher Verein ist im Allgemeinen und nach dem Ergebnisse der letzten Reichstags-Wahlen überflüssig, da sich die bisher bestehenden Wahl- und dgl. Vereine als ausreichend erwiesen hätten. Auch der Gedanke, es bedürfe die Staatsregierung der Unterstützung dieses neuen Vereins, wollte nicht verfangen, da man der Unterstützung dieses sei ohnehin eine Selbsthaltungspflicht der Regierung, den ultramontanen Ausrichtungen auf politische Gebiete entgegenzutreten und praktisch gipfeln unter allen Umständen das diesbezügliche Interesse des Publikums darin allein, bei der endlich erfolgenden Landtagsauflösung für gute Neuwahlen zu sorgen. Sollte übrigens auch zu diesem Behufe ein neuer Verein wirklich nöthig sein, so sei derselbe von der kirchlichen Frage getrennt zu halten, schon deshalb, um auch Protestanten und Juden die Theilnahme zu ermöglichen. Auf solche Weise sieht man sich wieder aufs Neue vor die alte Frage der Kirchengemeindebildung gestellt und es steht wohl demnach ein entscheidender Schritt zu erwarten, welchen mitzutheilen auch Dr. Döllinger schwerlich sich enthalten wird. Nachdem neuerdings erst alle von ultramontaner Seite ausgestreuten Gerüchte von der Unterwerfung Döllingers unter die ultramontanen Forderungen von unterirdischer Seite als unbegründet erklärt seien, darf die Hoffnung gehegt werden, daß der greise und ehrwürdige Gelehrte auch ferner der Bewegung nicht fehlen wird, die von keinem andern Namen so entschieden bisher getragen worden ist, als gerade durch den selbigen. (Nat. Z.)

† Petersburg, 10. Nov. Wie die „Mosk. Z.“ schreibt, wollen die Panflawisten die bisher geheuchelte (?) Abneigung gegen das Polentum aufgeben und sich mit ihnen verständigen. Die Komites der philoflawischen Propaganda haben bereits Schritte zur Anbahnung

der Vereinigung mit den Polen gethan, ob aber diese so rasch zugreifen werden, ist eine Frage. Denn sie können unmöglich so rasch vergessen, wie man von jener Seite das Polentum über die Schulten anfaß, so lange man glaubte, mit dieser affektirten Feindschaft gegen das Polentum der Regierung zu schmeicheln und die Alttrauen für sich zu gewinnen. Daß man auf Seite der Polen die Lage der Sache klar überblickt, zeigt ein kürzlich im „Ezas“ erschienener Artikel, in welchem es hieß: „Die Philoflawen haben die Rechnung ohne den Wirth gemacht, wenn sie wähen, die Polen werden ihren sofort in die Arme fallen, sobald sie, von der Unfruchtbarkeit ihres Kofektivens mit dem Russenthum überzeugt, sich den jetzt so schändlichen Geschmähten zuwenden werden. — Aus den Ostseeprovinzen geben fortwährend Beschwerden ein über Bedrückungen, die sich russische Beamte im Interesse der Russifizierung gegen die Einwohner, besonders gegen die esthnischen Bauern erlauben. So liegt eine von sieben Bauerngemeinden aus Esthland unterschriebene Beschwerde darüber vor, daß man ihnen ihre esthnischen Gebethbücher habe gewaltsam weggenommen und dafür russische geben wollen. Die Bauern haben geschlossenen Widerstand geleistet, die mit der Ausführung beauftragten Gendarmen vertrieben und nun selbst im Wege der Beschwerde die Sache zur Anzeige gebracht.“

Warschau, 14. November. Die Petersburger Blätter melden fast täglich von kriegerischen Vorbereitungen, welche das Kriegsministerium angeordnet hat. So haben nicht nur die größeren inländischen Waffenfabriken neuerdings wieder Aufträge zu bedeutenden Lieferungen von Waffen aller Art erhalten, sondern es sind auch in England und Nordamerika sehr umfangreiche Waffenbestellungen gemacht worden, die im Laufe des künftigen Jahres effectuirt werden sollen. Außerdem ist Befehl gegeben, daß der Vorrath an scharfen Patronen für die Infanterie auf 150 Millionen Stück, an Pulver auf 1,600,000 Pud gebracht werden soll. Diese Anschaffungen von Kriegsrüstungen werden von der russischen Tagespresse durch die Behauptung gerechtfertigt, daß es eine Pflicht der Selbsterhaltung für Rußland sei, die Stärke und Waffentüchtigkeit seiner Armee auf gleiches Niveau zu der Stärke und Waffentüchtigkeit der deutschen Armee zu bringen. Ein anderer Umstand, der auf die mit sichtbarer Eile betriebenen russischen Kriegsrüstungen nicht ohne Einfluß ist, sind die immer von Wirren des österreichischen Kaiserthums, die der russischen Regierung erste Befürchtungen für die Störung des europäischen Friedens erwecken und es ihr nothwendig erscheinen lassen, sich für alle Eventualitäten vorbereitet zu halten. — Die russischen Blätter geben mit Bezug auf die neuerlichen Berichte auswärtiger ultramontaner Organe über die angeblich zwischen dem Petersburger Kabinet und der römischen Kurie schwebenden Unterhandlungen die Versicherung, daß die russische Regierung die Forderung der Rückkehr der verbannten polnischen Bischöfe in ihre früheren Diözesen unter keiner Bedingung erfüllen könne und werde. — In Wolhynien ist neuerdings wieder eine Anzahl katholischer Kirchen von der Regierung geschlossen und ihre Umwandlung in orthodoxe Kirchen bestimmt worden. — Einen Beweis von der zunehmenden Wohlhabenheit der Bauern im Königreich Polen liefert die Thatsache, daß in letzter Zeit wiederholt Fälle vorgekommen sind, daß bäuerliche Genossenschaftsrittergüter in öffentlicher Licitazion erstanden haben, um sie gemeinschaftlich zu bewirtschaften. — Um den in letzter Zeit sehr gehobenen Handelsverkehr zwischen der Fabrikstadt Lodz und Hamburg möglichst zu erleichtern, ist zwischen beiden Städten eine unmittelbare Eisenbahnverbindung in der Weise hergestellt worden, daß die Güterwaggons unterwegs nicht umgeladen zu werden brauchen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 16. November

— Zur Beseitigung angeregter Zweifel macht die Zentral-Kommission für die Volkszählung im preussischen Staate darauf aufmerksam, daß bei der bevorstehenden Volkszählung auch solche Haushaltungen, deren sämtliche Mitglieder zur Zeit der Zählung abwesend sind, zu berücksichtigen sind, sofern nur die Abwesenheit eine in längerer oder kürzerer Frist vorübergehende ist, die Haushaltung als solche mithin noch besteht. Die Zähler werden deshalb auch für diese Haushaltungen Zählbriefe auszufertigen und die abwesenden Mitglieder in die Liste der Abwesenden (Formular C.) einzutragen haben. Sollten die für dieselben zu verzeichnenden Individualangaben durch Erkundigungen bei Hausgenossen oder Nachbarn nicht vollständig und zuverlässig beschafft werden können (cf. § 3 d. der Instruktion für die Zähler), so wollen die Zähler auf den Zählerbriefen vermerken, daß sämtliche Mitglieder der Haushaltung zur Zeit der Zählung abwesend gewesen sind.

RC. Die Oberförster haben die Anweisung erhalten, sich in dem schriftlichen Befehl, den sie in ihrer Eigenschaft als Polizeiverwalter zu führen haben, der Firma „der Polizeiverwalter, Oberförster N.“ zu bedienen.

Vermischtes.

* Glend in Paris. Aus Paris liegen laute Klagen über das dort herrschende Glend unter den ärmeren Volksklassen vor. Wie man der „Köln. Ztg.“ schreibt, beträgt die Zahl der Armen, welche Unterstützung erhalten, im 17. Arrondissement allein fünftausend. Da sich aber dreiehtausend auf die Listen der Unterhelfungsuchenden einschreiben ließen, so bleiben also noch achttausend übrig, welche vom Wohlthätigkeits-Bureau nichts erhalten. Das sind doch erschreckende Zahlen, besonders im Augenblicke, wo der Winter vor der Thüre ist. Trotz der Aufsicht der Gardiens de la Paix wird man in den Straßen von Paris angebettelt, wie in Neapel. Die Auswanderung der pariser Arbeiter, welche noch immer fortwährt, ändert nichts an dieser traurigen Sachlage. Diejenigen, welche nach England oder nach Nordamerika auswandern, sind nicht die ärmsten, denn sie bedürfen dazu einiger Geldmittel, die ganz armen aber bleiben in Paris, denn sie haben keine Mittel zum Fortgehen. Der „Constit.“ brachte vor

